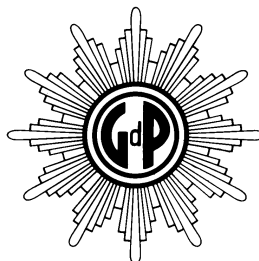


Pressemeldung



Gewerkschaft der Polizei

Bundesvorstand

<http://www.gdp.de>

gdp-pressestelle@gdp-online.de

Berlin, 6. Dezember 2011

Hindernisse zur Bekämpfung rechten Terrors beseitigen

GdP: Verfassungsschutz zur Kooperation verpflichtet

Berlin. Die Gewerkschaft der Polizei (GdP) hat Bundesinnenminister Friedrich aufgefordert, als Konsequenz aus der Serie rechtsterroristischer Morde und Anschläge den Verfassungsschutz zu einer engeren Kooperation mit der Polizei zu verpflichten.

GdP-Vorsitzender Bernhard Witthaut: „Strafrechtlich relevante Informationen müssen künftig an Polizei und Staatsanwaltschaft übermittelt werden. Damit ist das Trennungsgebot nicht tangiert.“

Das Trennungsgebot zwischen Nachrichtendiensten und Polizei sowie der föderale Aufbau der Bundesrepublik Deutschland seien, so Witthaut, aus der Erfahrung der Geschichte zu Recht als Bollwerke gegen einen nationalsozialistischen Machtaufbau errichtet worden. Witthaut: „Es darf aber nicht sein, dass sich diese Vorkehrungen als Hindernis für die Bekämpfung rechten Terrors erweisen.“

Herausgeber:

Gewerkschaft der Polizei, Bundesvorstand, Pressestelle

Pressesprecher:

Rüdiger Holecek (Handy: 01 72 - 7 12 15 99)

Berlin:

Stromstraße 4, 10555 Berlin

Telefon: (0 30) 39 99 21 (0)- 117/116

Telefax: (0 30) 39 99 21 - 190